

Hohenstein-Ernstthal Tagesblatt

Amtsblatt

Anzeiger



Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal

gegen alle Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortshaften.

Verlagsort: Hohenstein-Ernstthal, Ostthüringen, Ostpreußen, Ostbayern, Ostschlesien, Ostpolen, Ostlitauen, Ostgalizien, Ostböhmen, Ostmähren, Ostungarn, Ostserbien, Ostgriechenland, Ostitalien, Ostspanien, Ostfrankreich, Ostschweiz, Ostskandinavien, Ostasien, Ostafrika, Ostaustralien, Ostamerika, Ostindien, Ostpolen, Ostlitauen, Ostgalizien, Ostböhmen, Ostmähren, Ostungarn, Ostserbien, Ostgriechenland, Ostitalien, Ostspanien, Ostfrankreich, Ostschweiz, Ostskandinavien, Ostasien, Ostafrika, Ostaustralien, Ostamerika, Ostindien.

Das Blatt erscheint jeden Montag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für ein Jahr 12 Mk., monatlich 1 Mk., vierteljährlich 3 Mk., halbjährlich 6 Mk., jährlich 12 Mk. Einmalige Anzeigen 10 Pf., fortwährende 20 Pf. pro Zeile pro Tag. Die Abnahme von Anzeigen wird durch den Briefkasten der Redaktion bestätigt. Die Redaktion ist für die Rückgabe unerreicht eingekannter Briefe nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Rückgabe unerreicht eingekannter Briefe nicht verantwortlich.

Herausgeber: Dr. H.

Der Anzeigenpreis beträgt in den obengenannten Orten für die Leihspalten 20 Pf., sonst 30 Pf., im Ausland 60 Pf. Bei mehrmaligem Abdruck werden Ermäßigungen bewilligt. Die Anzeigen werden durch den Briefkasten der Redaktion bestätigt. Die Redaktion ist für die Rückgabe unerreicht eingekannter Briefe nicht verantwortlich.

Nr. 17

Hohenstein-Ernstthal

Mittwoch, 22. Januar 1919.

Preis 20 Pf.

69. Jahrg

Die Wahlen zur Nationalversammlung.

Ueber die Abwicklung der Wahlen im Reich liegen uns aus zahlreichen Städten Meldungen vor die alle über eine starke Beteiligung, namentlich auch der Frauen, an der Wahl meist über den arbeitsmäßigen Verlauf des Wahltages berichten.

Erreicherweise ist die Wahl auch in jenen Städten nicht gestört worden, in denen bis in die letzten Tage hinein Spartakus geherrscht hat und teilweise noch herrscht, wie Düsseldorf, Bremen, Ruyhagen, und Leipzig. Die Wahlfälle waren in diesen Orten durch Militärschutz sichergestellt, die aber keinen Anlaß zum Einschreiten gefunden haben.

Auch in den von den Polen besetzten und bedrohten Gebieten des Ostens ist es, soweit Meldungen vorliegen, zu Störungen nicht gekommen. So herrscht in Danzig und Schneidemühl bei reger Wahlbeteiligung vollkommene Ruhe.

Aus dem schlechtesten Verbauungsgebiet liegt die jetzt nur eine Meldung aus Königsberg vor. Auch dort ist es nirgends zu Störungen gekommen, und die Wahlen vollziehen sich unter militärischem Schutz ordnungsmäßig.

In dem besten Rheinland ist die Wahl unter starker Beteiligung, namentlich der Frauen, in den üblichen Formen vor sich gegangen.

Zu schlimmen Ausschreitungen ist es in der Rheinbrücke gekommen. In Samborn sowie in Dinslaken und Walsum erschienen in den Nachmittagsstunden Tüje von Spartakisten in den Wahllokalen, stürzten die Wahlurnen, warfen die Wählerlisten auf die Straße, wo sie unter Schreien und Hohn verbrannt wurden. Gleichzeitg fanden große Unruhen mit Mord und Brand statt.

Dagegen herrschte in Düsseldorf, wo die Spartakisten in den letzten Tagen eine heftige Wühlarbeit entfaltet hatten, eine überraschende Ruhe. Die Spartakusführer hatten dort die Weisung ausgegeben, die Wahl nicht zu stören und Kundgebungen bis nach der Wahl zurückzustellen.

Die Wahlen in Sachsen.

Nach dem vorläufigen Ergebnis ergabten im 30. Wahlkreis (Chemnitz) die Sozialdemokratische Partei 516 675 Stimmen, die Deutsche nationale Volkspartei 117 444, die Deutsche demokratische Partei 188 728, die Unabhängige sozialdemokratische Partei 55 880, die Christliche Volkspartei 3 699.

Die Ergebnisse von 8 kleinen Orten der Amtshauptmannschaft Zwickau stehen noch aus, sie werden jedoch das Endergebnis nicht mehr wesentlich beeinflussen.

Darüber sind gewählt zu Abgeordneten von der deutsch-demokratischen Partei Richter Brodau, Schulrat Dr. Seyfert und Kaufmann Gänther, von der Deutschen Nationalen Wählervereiner Wiener und von den Mehrheitssozialisten Schriftsteller Koste, Parteisekretär Meier, Redakteur Schöpflin, Schriftführer Stücken, Stadtrat Sollenbaur, Hausfrau Schilling, Arbeitersekretär Röhle, Parteisekretär Jungnickel. Die Unabhängigen gehen leer aus.

Im 28. Wahlkreis (Dresden-Ost) (Sachsen) ergabten nach den bisherigen Ergebnissen die Sozialdemokratische Partei 360 060 Stimmen, die Deutsche nationale Volkspartei 85 081, die Deutsche Volkspartei 90 631, die Deutsche demokratische Partei 129 512, die Unabhängige soz. Partei 29 212, die Christliche Volkspartei 14 984.

Es dürften danach voraussichtlich als gewählt zu betrachten sein: von den Deutschen nationaldemokratischen Partei: Dr. Köhler; von der Deutschen Volkspartei: Staatsminister a. D. Dr. Feinze; von der Deutschen demokratischen Partei: Staatsminister a. D. Köhler; von der Unabhängigen Partei: Staatsminister a. D. Köhler; Buchdruckereibesitzer Steinhilber (Stian) und

von den Mehrheitssozialisten: Volksbeauftragter Dr. Grabräuer, Volksbeauftragter Buch, Parteisekretär Rahman, Hausfrau Buch, Gewerkschaftsbeamter Haack, Redakteur Schmidt, Redakteur Rählig.

Im 29. Wahlkreis (Leipzig) wurden abgegeben für die Sozialdemokratische Partei 127 288 Stimmen, die Deutsche nationale Volkspartei 72 909, die Deutsche demokratische Partei 176 925, die Unabhängige soz. Partei 234 942, die Christliche Volkspartei 3 107.

Die Stadt Regau und 20 kleine Orte fehlen noch, voraussichtlich sind gewählt von der Deutschen nationaldemokratischen Partei: Oberlehrer Dr. Philipp; von der Deutschen demokratischen Partei: Rechtsanwalt Dr. Böhmel, Rechtsanwalt Dr. Schneider; von der Mehrheitssozialisten: Photograph Pinkau, Arbeitersekretär Köttig; und von den unabhängigen Sozialdemokraten: Redakteur Seger, Gartenfabrikant Geyer, Redakteur Dr. Geyer.

Wir geben nachstehend noch eine Reihe von Einzelergbnissen aus unseren Städten.

I bedeutet die Wahlziffer der Deutschen demokratischen Partei, II der Deutschen nationaldemokratischen Partei, III der alten sozialdemokratischen Partei, IV der unabhängigen sozialdemokratischen Partei, V des Zentrums.

	I	II	III	IV	V
Annaberg	3808	1134	4224	23	124
Bacholz	1360	470	2994	2	18
Eiterlein	345	38	760	6	—
Oberwiesenthal	321	35	530	30	—
Gohndorf	390	219	2221	3	27
Augustsburg	211	366	684	17	1
Stöbber	448	359	1214	17	—
Burgstädt	1382	255	2194	1995	1
Rohrweitz	1968	1657	5522	214	—
Ruhdorf	43	26	39	—	—
Oberfroyna	44	525	1486	587	—
Lugau	473	512	3166	—	7
Schwarzenberg	952	461	1473	459	62
Chemnitzgau	3785	1067	7257	2697	47
Johanngeorgenstadt	368	303	2282	21	26
Zwickau	11906	4800	19280	24	344
Reisnig	1405	272	2150	854	2
Dresden	45760	86935	154947	9638	4771
Großhain	1857	1721	3536	252	76
Reisitz	2027	1235	5103	661	159
Puna	3124	2473	2721	1793	194
Schandau	471	430	557	103	9
Ramenz	1115	1552	2990	120	254
Reichenau	3604	3832	12333	729	263
Verdau	9722	1017	5951	1080	35
Oelsnitz i. W.	1950	1071	2316	2926	44
Mariaukirchen	1822	564	1824	47	6
Rochlitz	1363	304	1292	330	—
Simbach	1345	849	3503	2522	9

Die 32 Abgeordnete, welche Sachsen für die Nationalversammlung zu wählen hatte, dürften sich demnach wie folgt gruppieren:

- Deutsche demokratische Partei 7;
- Deutsche nationale Partei 3;
- Deutsche Volkspartei 2;
- Mehrheitssozialisten 17;
- Unabhängige Sozialisten 3.

Die Wahlen im Reich.

Braunschweig	16200	16470	16230	26340	—	
Kiel	30225	20047	63202	9624	2793	
Essen	16000	32400	59987	1900	81921	
Bremen	(Stadt u. Land)	50363	6176	64211	27688	2666
Frankfurt a. M.	53885	29654	102141	10475	26625	
Wien	14406	9200	13497	24618	3902	
München	5908	3456	12102	317	50	
München	65532	7682	161132	37121	85984	

Als Ort für die Nationalversammlung

ist — so wird uns heute telegraphisch aus Berlin gemeldet — gestern von der Reichsregierung Weimar gewählt worden. Berlin hatte noch in letzter Minute Schritte getan, um sich die Nationalversammlung zu erhalten. Anheimelnd erscheinen aber den Herren Ober-

und Schiedemann die Verhältnisse in Berlin so unrichtig, daß sie als Tagungsort auf eine mitteldeutsche Stadt setzten.

Die Lage des Arbeitsmarktes in Sachsen.

Nach dem Bericht des Landesverbandes der öffentlichen gemeinnützigen Arbeitsnachweise ergibt sich aus den Dezember Überichten der Arbeitsnachweise über ihre Vermittlungstätigkeit das traurige Bild eines völligen Leerstands des Arbeitsmarktes in allen Teilen Sachsens. Die Lage ist gekennzeichnet durch ein festes Anwachsen der Arbeitslosen ziffer, nicht nur in den Großstädten, sondern auch in mittleren und kleineren Orten. In den Großstädten haben sich die Arbeitslosen in geradezu bedauerlicher Weise zusammen. In den Städten Dresden, Leipzig, Chemnitz und Plauen wurden im Dezember bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen zusammen 33 627 männliche und 18 765 weibliche Stellenfuchende gezählt, wovon nur 3091 männlichen und 3497 weiblichen Personen Arbeit vermittelt wurde. 13 504 Stellenfuchenden konnte im Dezember allein in diesen Großstädten keine Arbeit nachgewiesen werden. Zeit dem hat sich die Lage durch Währungsänderungen in Folge des Kohlen- und Holzpreisanstieges verschlechtert und durch die Entlassung der streikstillen Arbeiter andererseits noch weiter verschlechtert.

Trotz dieses vorhandenen Arbeitsüberflusses konnte der Arbeitermarkt in der Provinz nicht gebessert werden. Mäntliche Arbeitsstellen waren, allerdings aus anderen Ursachen, nicht so zahlreich vorhanden. Die Vermittlung scheiterte indes vielfach an zu hohen Lohnforderungen und an der Abneigung der Landwirte, Arbeiter aus anderen Provinzen einzustellen. Der Mangel an Wagen besteht fort. Das Angebot an weiblichen Dienstboten hat sich zwar etwas gebessert, es reicht doch nicht aus, um den Bedarf zu decken.

Wie in der Landwirtschaft, so ist es auch in der Kohlen- und Holzindustrie nicht gelungen, den großen Arbeiterbedarf zu befriedigen. Von den öffentlichen Arbeitsnachweisen Sachsens sind zwar im Dezember über 1800 Arbeiter für den Kohlenbergbau vermittelt worden; doch reicht diese Zahl nicht entfernt aus, um den Abgang an Kriegsgesangenen zu ersetzen. In den sächsischen Kohlenwerken und in den Gruben der Niederlausitz werden noch Tausende von Arbeitsträften gebraucht. Der volle Bedarf dieser Werte ist um so dringender notwendig, als die Zuzüge beimischen Braunkohlen, auf die die sächsische Industrie angewiesen ist, aufgehört haben.

Ingeachtet der hohen Ziffer der Arbeitslosen ist der Mangel an Arbeitskräften im Kohlenbergbau schwer zu verstehen. Geeignete Leute sind, da es sich wahrscheinlich nicht um die schwerste Arbeit handelt, unter den Tausenden von ungelerten Arbeitern ausreichend vorhanden.

10 000 Arbeitslose, die in die Braunkohlenwerke gehen würden die Voraussetzungen für die Arbeit von Hunderttausenden ihrer Arbeitsbrüder schaffen helfen. Solange aber bei den Arbeitern selbst dieses Gemeinschaftsgefühl nicht vorhanden ist, wird in der nächsten Zeit mit einer weiteren Steigerung der Arbeitslosigkeit gerechnet werden müssen.

Ein Protest des sächsischen Offiziersbundes.

Der sächsische Offiziersbund hat gegen das vom Volksbeauftragten für Militärfachen unter Billigung des Gesamtministeriums an die Reichsregierung gerichtete Schreiben, in dem die Entmilitarisierung in dem sächsischen Truppenbezirk gefordert wird, folgenden Einspruch bei der Reichsregierung erhoben:

Der sächsische Offiziersbund als Vertreter der sächsischen Offiziere erhebt Einspruch gegen das vom sächsischen Volksbeauftragten für Mi-

litären unter Zustimmung des Gesamtministeriums an die Reichsregierung gerichtete Schreiben betreffend Entmilitarisierung. Der S. O. weiß, daß aus den Trümmern des alten Heeres ein neues zum Schutze des Staates nach innen und außen geschaffen werden muß. Diese Wehrmacht muß auf das gesamte Volk gegründet sein und nicht auf Anhänger einer einzelnen Partei. Die Schaffung einer solchen Wehrmacht ist aber Angelegenheit einer vom ganzen Volke beauftragten Volksvertretung, das in die Nationalversammlung über die durch die Nationalversammlung zu schaffende Regierung. Wenn in dem Schreiben von gegenrevolutionären Maßnahmen in Offizierskreisen die Rede ist, so entspricht dies in keiner Weise den Tatsachen. Es sei erneut festgestellt, daß die Offiziere unter Vorkantung ihrer politischen Ansichten sich reichlich in den Dienst ihres Vaterlandes und der Regierung gestellt haben. Welche Verdächtigungen sind nicht dazu anzuregen, den aufopfernden Dienst der Offiziere zu erleichtern.

Auch ein Grund für die Kohlenknappheit!

Als Prof. Dr. Rastow vom Verein deutscher Chemiker, Geschäftsführer Leipzig, schreibt, besteht seit einiger Zeit eine Verordnung der Kohlenausgleichstelle in Dresden, daß die in der Umgebung von Leipzig liegenden zahlreichen Braunkohlengruben für die Abfuhr von Kohlen mit Gefährten und Kraftwagen ab Werk direkt zum Verbraucher oder Abnehmer, die sogenannte Landabfuhr, nur einen geringen Teil ihrer Erzeugung an Breifeln abgeben dürfen. (4-500 Zentner am Tage von jedem Werk). Alles, was darüber hinaus erregt wird, muß für die Abfuhr mit der Eisenbahn referiert werden. Die reichlich vorhandenen Kohlen- und Kraftwagen müssen daher leer zurückfahren oder eingelagert werden, und das an Waggons mangelt, arbeiten die Werte auf Lager! Und das bei der gegenwärtigen Kohlenknappheit in Stadt und Land!

Da hat sich der Herr Bureaukrat wieder ein selbstverlesenes Stückchen geleistet! Wann endlich wird sich die grüne Theorie den Forderungen der goldenen Praxis anknüpfen?

Wie hoch über die deutschen Notrupe spottet.

Marshall Koch hat dem Berichterstatter des „Matin“ in Trier auf Fragen wegen der Waffenstillstandsverhandlungen und der zugehörigen Ausrüstung des Materials durch die Deutschen die ihm von den deutschen Bevollmächtigten übergebenen Schriftstücke gezeigt und gesagt: „Die Deutschen über sich wem um uns mit Papier; wir nehmen einen Teil davon und lassen noch mehr beiste. Wenn sie um Erörterungen schreiben und nach Verbesserung rufen, glaube ich nicht, daß sie überleben.“ Der Marshall wies auf Deutschlands aufgelöste und zerrüttete Arme hin. „Nun haben wir gute Waggons. Der Rhein bildet eines der denkbar besten Hindernisse, und wir besitzen außerdem alle wünschenswerten Nachschubpfosten gegen Deutschland.“ Der Marshall kümmert sich nicht darum, ob die Regierung Ober-Schiedemann fest steht. Er kennt nur die deutschen Bevollmächtigten und seine bewundernswürdigen, französischen Soldaten. Wenn die Deutschen die Waffenstillstandsbedingungen nicht erfüllen, wird er sofort den Waffenstillstand abbrechen.

Völlige Entwaffnung Deutschlands verlangt.

Wie Temps' mittelt, hat die sozialistische radikale Kammergruppe folgende Forderungen in der Tagesordnung vereinigt: Völlige Entwaffnung Deutschlands, das nach dem Kriege von keinem mehr etwas zu befürchten braucht, also weder eine Armee oder Marine, noch Kriegsindustrie; sondern nur die einzigen Polizeikräfte notwendig hat, um im Innern die Ordnung aufrechtzuerhalten zu können. Die Entwaffnung Deutschlands hätte auch die glüklichste Rückwirkung auf die Nachbarsta-